

Bezugs-Preis

Die Zeitung wird zweimal durch meine
Zeitung und Sonntagszeitung zweimal täglich
ausgegeben: 50 Pfennige. 1,10 Pf.
sonntags. Der untere Preis ist u. d. An-
satzpreis abweichen kann. Es ist monatlich.
2,20 Pf. verpflichtet.

Wundere die Post:
Inserat im Deutschen und der besten
Redaktionen überall. 2,50 Pf. monatlich.
1,20 Pf. zentral. Wettbewerber. Ritter
in Leipzig, Dresden, den bestens verkaufen,
Dresden, Chemnitz, Bautzen, Görlitz,
Guben, Glogau, Oppeln, Jauer, Liegnitz,
Schlesien, Schlesien u. Oppeln. Da alle
drucken können nur durch den
Schriftsteller des Blattes erhalten.
Das Leipziger Tageblatt entricht 2 Mal
jährig, Samm. u. Zeitungspr. am verschieden
Abonnementpreisen: Abonnement 8,
bei jedem Kunden, kleinen Spezialisten
und Geschäftsmännern, Schämmen und
Gremien.

Gesammtabonnementpreis der Woche
ausgabe 10 Pf. bei überzeugende
Rechnung und Werbeschreiber
Gesamtpreis 14,60 Pf. 14,60 Pf. 14,60 Pf.

Rechnung und Werbeschreiber
Gesamtpreis 14,60 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 46.

Mittwoch, den 16. Februar 1910.

Anzeigen-Preis

Die Zeitung aus Leistung und Druck
auf Apotheken 50 mm breite Seiten
25 Pf., die 75 mm breite Seiten 30 Pf.;
die 100 mm breite Seiten 35 Pf.;
der Inserat von Zeitungen im amtlichen Teil
die 75 mm breite Seiten 30 Pf., Zeitungen 1,50 Pf.
Veröffentlichungen mit Wagnisschriften geh
in der Wagnisschrift 10 Pf. erhält
Schrift nach Zettel ist die Inserat 3 Pf.
p. Tafeln auf. Aufsätze
Werbeschreiber kleinere Formen nicht produc
zeppen werden. Nur bei Wagnisschriften an
bestimmten Tagen und Tagen wird eine
Satzung übernommen.

Abonnement-Preise: Abonnement 8.

Bei öffentlichen Blättern u. den einzigen
Abonnement des 3. und 4. Klasse.

Gesamtpreis Berlin:

Carl Danzer, Henrich, von Hoffmann
Borsig, Eisenwerksgasse 10,
Königsberg VI. Nr. 4033.

Gesamtpreis Dresden:

Gottlieb 4, 1 (Zeitung 402).

Gesamtpreis Berlin:

Carl Danzer, Henrich, von Hoffmann
Borsig, Eisenwerksgasse 10,
Königsberg VI. Nr. 4033.

Gesamtpreis Dresden:

Gottlieb 4, 1 (Zeitung 402).

Gesamtpreis Berlin:

Carl Danzer, Henrich, von Hoffmann
Borsig, Eisenwerksgasse 10,
Königsberg VI. Nr. 4033.

Gesamtpreis Dresden:

Gottlieb 4, 1 (Zeitung 402).

Das Wichtigste.

* Die Zweite Kammer genehmigte am Dienstag das Kapitel "Seminar" des ordentlichen Gesetzes und beschloßt sich außerdem mit einer Anzahl von Petitionen. (S. Landtagsbericht.)

* Der Reichstag überwies am Dienstag die Gesetzesvorlage über den Antrag von Kalkalzinen und über die Stellenvermittlung zwei besonderen Kommissionen. (S. Reichstagsbericht.)

* Die Wahlrechtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat den Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts mit 15 gegen 11 Stimmen bei zuflüssiger Abwesenheit zweier nationalliberaler Mitglieder abgelehnt. Der Antrag auf geheime Stimmabgabe wurde mit 15 gegen 13 Stimmen der Konservativen und Freisinnigen angenommen. (S. d. b. Art.)

* Die verstärkte Geschäftsordnungskommission des Reichstages beschloß an die Revision der Geschäftsordnung erster heranzutreten, nachdem die Interpellationsfrage erledigt ist.

* Das englische Parlament ist gestern feierlich eröffnet worden. Im Unterhaus wurde Bowditch einstimmig zum Sprecher wiedergewählt. Alaband vertrat sich das Haus auf heute.

* In Griechenland drohen durch die Haltung des Militärbundes neue Verwicklungen auszubrechen. (S. Ausl.)

* Nach Londoner Depeschen werden aus Singapur große Überschwemmungen auf der Halbinsel Malakka gemeldet. Eine Strecke von 90 Meilen der Telegraphenseebahn ist weggeschwommen.

Die Physiognomie des Reichskanzlers.

Die Wahlrechtrede des Reichskanzlers ist heute, wenige Tage, nachdem sie gehalten wurde, nicht mehr "aktuell" in den Worts verwegener Bedeutung. Indessen als prinzipielle, autoritative Anerkennung des Ministerpräsidenten, als Niederschlag der Auffassung der Krone und des preußischen Staatsministeriums darf sie darüber dokumentarische Wichtigkeit für sich in Anspruch nehmen. Diese Rede wurde wohl langsam in Inland und Ausland mit Spannung erwartet, und ihr Inhalt wird in der politischen Diskussion noch oft zitiert und verwertet werden. Wir haben es daher bei einmaliger Lektüre nicht bewenden lassen, sondern die Ausführungen des Herrn v. Bethmann wiederholt geprüft, um die politische Physisognomie des Reichskanzlers, die ja für ganz Deutschland interessant ist, möglichst sicher zu erkennen.

Da ergibt sich denn zunächst, dass Herr v. Bethmann nach dem Ruf eines starken Mannes geht. Er will "keiner Partei zuliebe, keiner Partei zufolge" handeln, er lädt sich "durch Kritik nicht wankend machen", durch die "Stromungen der Öffentlichkeit" nicht leiten, "Sucht nach Popularität" vermag ihn nicht zu bestimmen. Seine Riedlingswendung ist: "Ich lehne es ab." Wie er es fürchtet, die Entschließung der rheinisch-westfälischen Verbandsgruppe der Aldeutschen entgegenzunehmen, so lehnt er es im Parlament ab, auf die Ausführungen eines — sehr gemäßigten — Redners einzugehen. Da die Debatte selbst einzutreten scheint ihm seiner Würde nicht angemessen. Er legt einmal programmatic seine Ansichten dar und überlässt es danach dem hohen Haufe sich mit ihnen abzufinden. Das ist imposant und bequem. Von "Angstlichkeit und Unsicherheit" weicht er sich frei und versucht, "Sächsliches sachlich zu behandeln." Rücksicht von der Urbanität seines Vorgängers; mit gesellschaftlicher Rauheit fragt er: "Glauben Sie, dass ich mich zum Spaß hier herstelle?" Er fordert, dass seine Worte "ernst genommen werden", verzichtet auf jeden rhetorischen Schnauz und spricht so undiplomatisch

und rücksichtslos wie nur möglich über die Parteien (mit Ausnahme der konserватiven), über die Presse, über das Reichstagswahlrecht.

Hierzu kann nur folgendes gesagt werden: Wir werden nicht anstreben, die Energie des Herrn v. Bethmann anzuerkennen, sobald er sie nicht nur nach links, sondern auch nach rechts, nicht nur nach unten, sondern auch nach oben bewährt haben wird. Bis jetzt müssen wir mit dieser Anerkennung noch zurückhalten, denn Herr v. Bethmann geht mit den in Preußen herrschenden Mächten. Es droht ihm nicht die geringste Gefahr, und deshalb ist er von einem Hauch der Kritik unmittelbar, wenn er in starren Tönen versichert, dass er eine ganz ungewöhnliche Festigkeit und Unerschrockenheit besitzt. Die Frage, ob diese Qualitäten ihm wirklich eigen sind, kann heute weder bestätigt noch verneint werden; es kann aber festgestellt werden, dass das Idealbild eines leitenden Staatsmannes, dem Herr v. Bethmann sich anzunähern versucht, den konserватiven Anschauungen entspricht. Sie lassen sich etwa dahin formulieren, dass der Ministerpräsident möglichst wenig reden, möglichst energisch handeln, die Macht der "Krone" (ein bekannter konserватiver Euphemismus) schützen und dem Parlament so wenig als möglich konzedieren soll. Wir wissen also, dass der Reichskanzler im Lager der Konservativen steht. Er mag den Willen haben, sich von jedem Parteieinfluss fernzuhalten, er ist seinem Wesen nach ein Konservativer. Veränderungen mögen sich unter seiner Amtsführung vollziehen, Fortschritte kaum, soweit es zu solchen seiner Initiative bedarf. In Zukunft wie heute wird, solange sein Wille gilt, die Staatsregierung es ablehnen, die "Grundlagen zu verlassen". Und hier ist der tiefste Unterschied zwischen einem Stein, einem Bismarck und einem Bethmann zu erkennen. Reformatoren sehen Revolutionäre bisweilen verzweifelt ähnlich, und Stein wie Bismarck sind von ihren Standesgenossen als Revolutionäre verschrien worden. Wo wären wir, wenn beide sich geweigert hätten, "die Grundlagen zu verlassen"? Der Handelnde ist immer gewissenlos", sagt Goethe und das Gewissen ist, wenn wir nicht irren, bei Herrn v. Bethmann sehr stark ausgebildet. Wir halten es für einen schweren psychologischen Irrtum radikaler Blätter, wenn sie ihm Ethos absprechen. Im Gegenteil: wir fühlen aus jedem Wort seiner Rede den Willen zur Gerechtigkeit heraus. Hier äußert sich ein kontemplativer Mensch, der auf jedem Gebiet um eine selbständige, persönliche Ansicht ringt, der daher auch manches kritische Wirken vorbringt, ohne nach der Opportunität und nach dem Effekt zu fragen, dem aber die Begebung für politische Egelkäfer veragt scheint. Ein Mensch, der diese Schwäche fühlt und nun durch eine Aktion des Verstandes das Defizit des Triebhaften auszugleichen versucht. Immer auf dem Wege der Reflexion. "Die Leute halten mich für schwach: ich muss sie also brüskieren." Ein literarischer Better ist der Konsul Buddenbrook in Thomas Manns Roman. Es fehlen ihm die Natursaute. Mit Ent-
rüstung sagt Herr v. Bethmann: "Bei den Herren (Sozialdemokraten) spricht der nackte Will zur Macht seine Sprache"; lobend erwähnt er, dass für Zentrum und Freisinn "nicht so sehr die Sucht nach eigener Herrschaft wie ethische und theoretische Maximen" maßgebend seien. Der "Will zur Macht" allein kann die "ethischen und theoretischen Maximen" einer Partei verwirklichen; sollte diese Erkenntnis dem Reichskanzler noch fern liegen? Dann würde es schwer sein, sich mit ihm zu verständigen. Dagegen versichert er emphatisch: "Preußen lässt sich nicht in das Fahrwasser des Parlamentarismus verschieben, solange die Macht seines Königtums ungebrochen ist. An der Macht dieses Königtums, dessen holze Tradition es ist, ein Königstum für alle zu sein, wird nicht gerüttelt werden." Also: Macht ist "gut", wenn es "die ruhig, sicher thronende" ist, die "in uralt geheiligtem Besitz, in der Gewohnheit festgegründet" ruht; Macht ist "schlecht", wenn das Volk sie erobern will. Zweierlei Macht; aber vergessen wir es nicht: Herr v. Bethmann ist ein Konservativer. Er kann gewiss mit Goethe von sich sagen, dass ihm "von Jugend auf nichts so wider gewesen sei wie die Unordnung".

Ordnung aber kann er sich ohne Unterordnung nicht denken. Und so gelangt er zu dem Ideal eines Etagenstaates, in welchem man sich (Darwin spricht) allmählich heraufwöhlt. Es vollzieht sich eine politische Evolution, eine Auslese der Tüchtigsten. Eigentlich sind ja frei-lich konstitutive Änderungen in Preußen überflüssig. Herr v. Bethmann sieht keinen Anlaß zu solchen. Seine ganze Rede führt nur den Nachweis, dass die Wahlrechtsvorlage nicht die geringste Existenzberechtigung habe. Denn Preußen sei weder verbessernswürdig noch verbessernsfähig (selbst die Ausübung der politischen Tätigkeit preist Herr v. Bethmann, und dies unmittelbar nach den hässlichen Vorfällen gelegentlich der Herrn-Berichtsversammlungen) und das Volk nehme keinen Anteil an der Arbeit der Parlamente. Wie erklären sich diese sonderbaren Ausführungen? Herr v. Bethmann hat sich über einige radikale Deformationen geärgert und sucht nur die öffentliche Meinung zu forcieren. In diesem Bestreben lässt er sich zu einer Glorifizierung des Bestehenden hinreisen, auf die man nur mit der Frage antworten kann: Wozu dann die Wahlrechtsvorlage? Die Motive haben wir bereits in einem Letzter Artikel "Der Rot gehorcht" erörtert. Herr v. Bethmann will sie nicht wahr haben, aber welche Gründe bewegen ihn dann, Preußen, die beste unter den möglichen Welten, aus seinem Quietismus aufzustören?

Wäre der Kanzler der starke Mann, der er gern sein möchte, so hätte er sich rundweg weigern müssen, eine Wahlrechtsvorlage einzubringen. Das ein Staatsmann mit dem ganzen Aufgebot seiner Verdienstbarkeit die Überflüssigkeit eines von ihm ausgearbeiteten Gesetzes nachzuweisen sucht, ist ein Novum und konnte nur einem Mann begegnen, der daran gewöhnt ist, dass sein Verstand verneint und sein Wille befiehlt. Saubere Kleinarbeit dürfen wir von Herrn v. Bethmann noch erwarten; ein Reformer sieht gewöhnlich anders aus.

Das preußische Wahlrecht in der Kommission.

* Berlin, 15. Februar. (Privatet.)

Die Wahlrechtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses begann am Dienstag vor mittag ihre Beratungen. Es wurde beschlossen, zwei Längen abzuhalten. zunächst wurde über den ersten Satz des freisinnigen Antrages zu § 4 verhandelt, der die Einführung des gleichen Wahlrechts verlangt. Im Zusammenhang damit wird ein sozialdemokratischer Antrag zur Diskussion gestellt, der folgenden Wortlaut hat:

Das Haus lehnt die von der Regierung vorgetragene Wahlrechtsvorlage ab und fordert die Regierung auf, sofort eine neue Vorlage einzubringen, die erstens die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und zweitens eine Neuordnung der Wahlkreise voraussetzt.

Im Verlaufe der Diskussion zog der sozialdemokratische Redner seinen Antrag vorläufig zurück, da dessen Behandlung geschätzungsweise an dieser Stelle nicht zulässig erschien.

Der freisinnige Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts wurde damit begründet, dass das pluto-kapitalistische System des preußischen Wahlrechts immer stärker in die Erziehung getrieben ist, so dass sich je die Vorlage leicht bemühe, gewisse Auswüchse zu beschneiden. Tatsächlich führten diese neuen Bestimmungen eher nur neue Ungerechtigkeiten herbei, da jeder Herrscher eine privilegierte Wähler aus dem Kreise der Gelehrten oder Beamten eine Herausdrückung zahlreicher anderer gezeigt habe. Wollte man einmal die Täglichkeit als Kriterium eines größeren Wahlrechts wählen, so wäre ein vielleicht mit As und Kraft gemachte Erwachen der allerbedeutendsten Macht. Gewerbetreibende und Arbeiter würden auf das schwere durch die Vorlage in ihren Rechten bedroht. Der Gerechtigkeit entspricht allein das gleiche Wahlrecht. Von dem Redner der Zentrumspartei wird die Erklärung abgegeben, dass diese einzig für den freisinnigen Antrag stimmen wird.

Hieraus entpannen sich eine längere Debatte zwischen dem sozialdemokratischen Vertreter und den Mitgliedern der Zentrumspartei. Erster wollte dem Zentrum den Vorwurf, dass es nicht mit genügendem Eifer für das gleiche Wahlrecht eintrete. Das Zentrum habe sehr gut die Möglichkeit, durch politischen Druck die Konservativen und Nationalliberalen dahin zu bringen, dass sie

ihre ablehnende Haltung aufzugeben. Nachdem noch der Vole für den Antrag gesprochen wurde, wurde der Antrag mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Zusätzlich waren 2 nationalliberalen Abgeordnete bei der Abstimmung nicht zugestimmt, welche später erklärt haben, dass sie im Falle ihrer Anwesenheit gleichfalls gegen den Antrag gestimmt haben würden. Zur den Antrag stimmten die Freisinnigen, das Zentrum, der Sozialdemokrat und der Vole.

Die Kommission trat hierauf in die Erörterung des zweiten Teiles des freisinnigen Antrages, der die

geheime Abstimmung fordert. Einer der Antragsteller begründete ihr mit dem Hinweis auf den Druck, der von den verschiedenen Seiten bei der öffentlichen Wahl auf die abhängigen Elemente ausgeübt wird. Hunderttausende von Beamten und Millionen von Arbeitern sind in einem solchen Abhängigkeitsverhältnis. Durch den Zusammenchluss der Sozialdemokratie und die Koalierung der Arbeiter sei dazu ein Druck von unten her gekommen, der sich insbesondere gegen Handwerker und abhängige Kaufleute, sowie gegen Beamte richtet. Wollte man wirklich in der Wahl den Ausdruck der Stimmung des Volkes und nationalen derjenigen Kreise haben, die sich im Leben stehen, so müsse man bei dieser Gelegenheit unbedingt die geheime Abstimmung fordern. Von sozialdemokratischer Seite wird betont, dass die vorgebrachten Gründe für die Einführung der geheimen Abstimmung nicht überwiegend genug seien. Es sei richtig, dass in den Städten in neuerer Zeit die mittleren Kreise und die Gewerbetreibenden bei den Wahlen durch die Sozialdemokratie bestimmt werden. Der Redner regt an, diesen Ueberstand in anderer Weise entgegenzutreten. Der Redner des Zentrums erklärt für, dass seine Partei geschlossen für das geheime Wahlrecht eintritte. Die gleiche Erklärung gibt der nationalliberalen Redner ab. Auch er weiß darauf hin, dass vielfach neue Abhängigkeitsverhältnisse herausgestellt hätten, und das heute in weitem Maße der Arbeit durch seine Organisation mehr geschah, wie die Kreise des Mittelstandes. Auch die Parteien, welche bisher an der öffentlichen Wahl teilnahmen, würden das nicht verhindern, wenn sie angesichts der veränderten Verhältnisse für die geheime Wahl stimmen würden. Der Regierungsrat trete ab, da die Staatsregierung an der Erklärung des Ministerpräsidenten im Plenum mit Entscheidendheit feststeht. Für die öffentliche Wahl erklärt sich der Vertreter der Konservativen. Der sozialdemokratische Redner betont den starken Druck, der von oben ausgeübt werde. Seitens des freisinnigen Redners sind Beweise für den Druck von Seiten der Sozialdemokratie nicht erbracht. Der Standpunkt der Konservativen ist rein egoistisch. Der politische Vertreter schlägt sich den freisinnigen Ausführungen an. In Oberdirektion sei gerade auch der Arbeiter in der Industrie und der Gewerbetreibende von den Druck von oben beeinflusst. Die Abstimmung ergibt die Annahme des freisinnigen Antrages auf Einführung der geheimen Abstimmung.

* 15 gegen 13 Stimmen. Für den Antrag stimmen geschlossen die Freisinnigen, Nationalliberalen, das Zentrum, der Sozialdemokrat und der Vole.

Deutsch-französische Handelsbeziehungen.

Aus parlamentarischen Kreisen scheint man uns:

Die handelspolitischen Verhältnisse zwischen der französischen Republik und dem Deutschen Reich spricht sich zu. Mit außergewöhnlicher Weitheit hat die französische Nationalversammlung einem Jolletarri zugestimmt, der außerordentlichen Erhöhung der deutschen Ausfuhr nach Frankreich mit sich bringen würde. Verschiedene deutsche Industrien sehen ihren Anschluss gefährdet und haben sich mit der Hilfe von Schutz an die Regierung gewendet. Wie bekannt geworden ist, hat nun die deutsche Regierung erste Vorstellungen in Paris erhoben und durchdringen lassen, dass die in Aussicht genommene vollständige jahreszeitliche Umgestaltung des neuen französischen Jollettars als ein handelspolitisch unfeindlicher Akt gegen Deutschland angesehen werden wäre, zumal sich auch hier die Tendenz zeigt, gerade die aus Deutschland bisher eingeführten Waren besonders stark zu treffen. Französische Importeure haben sich dem Protest gegen die zahllosen Zölle und Zölle zum Teil angegeschlossen. Ob der französische Senat den Vorstellungen der deutschen Regierung folgt, ist noch zweifelhaft. Angenommen ist aber ein markanter Gegenstoß aus der Mithilfe des Deutschen Parlaments erfolgt. Die nationalliberalen Fraktionen des deutschen Reichstags hat einen Initiativvorschlag eingebracht, durch den sie den Reichskanzler auffordert, einen Bundesbeschluß herzustellen, der die Befreiung für die französischen Einfuhrer gewährte. Der nationalliberalen Redner lehnt den Antrag mit dem gleichen Hinweis ab. Bei der Entwicklung des preußischen Staatswesens ist es nicht richtig, das preußische Wahlrecht einzuführen. Gegen den freisinnigen Antrag spricht der Redner der Freikonservativen, der auf die im Plenum gegebene Begründung verzweift. Der nationalliberalen Redner lehnt den Antrag mit dem gleichen Hinweis ab. Bei der Entwicklung des preußischen Staatswesens ist es nicht richtig, das preußische Wahlrecht einzuführen. Gegen den freisinnigen Antrag spricht der Redner der Freikonservativen, der auf die im Plenum gegebene Begründung verzweift. Hieraus entpannen sich eine längere Debatte zwischen dem sozialdemokratischen Vertreter und den Mitgliedern der Zentrumspartei. Erster wollte dem Zentrum den Vorwurf, dass es nicht mit genügendem Eifer für das gleiche Wahlrecht eintrete. Das Zentrum habe sehr gut die Möglichkeit, durch politischen Druck die Konservativen und Nationalliberalen dahin zu bringen, dass sie

die Einführung des gleichen Wahlrechts den französischen Senaten nicht ohne Einfluss bleibend wird. An sich erscheint es eigenartig, dass zwei Regierungen, die miteinander im Verhältnis des Weisheitsbegünstigungen stehen, innerhalb des formalen Weisheitsbegünstigungen so in eine Art Zoff hineingeraten könnten. Tatsächlich lassen sich aber, wie bei Gelegenheit der Beratungen des Handelsvertretungen mit Portugal ausgeführt wurde, auch unter dem Gesichtspunkt